

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 50 | 15.12.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 150/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Begründung von Vorbelastungen** durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie genehmigt wird (gesetzliche Ermächtigung zur Begründung weiterer Vorbelastungen)

[BGBl I 151/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Begründung von Vorbelastungen** durch den Bundesminister/die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie genehmigt wird (Einholung einer haushaltsrechtlichen Ermächtigung für die Begründung der erforderlichen Vorbelastungen)

[BGBl II 366/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten über die Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von **Kaufkraftausgleichszulagen** für im Ausland verwendete Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes

[BGBl II 367/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **78. Nachtrag zum Arzneibuch**

[BGBl II 368/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die **Sprengarbeitenverordnung** und die **Luftfahrt-ArbeitnehmerInnenschutzverordnung** geändert werden

[BGBl II 369/2023 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Post Aktiengesellschaft über die Anpassung der Bezüge und Zulagen für die gem § 17 Abs 1a des Poststrukturgesetzes (PTSG) der Österreichischen Post Aktiengesellschaft oder der GIS Gebühren Info Service GmbH oder einem dieser Gesetzesbestimmung unterliegenden Tochterunternehmen der Österreichischen Post Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesenen Beamten (**Post-Bezügeverordnung** 2023)

[BGBl II 370/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Quotenregelung gemäß § 134a BAO näher konkretisiert wird (**Quotenregelungsverordnung** – QuRVO)

[BGBl II 371/2023](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der der **Mindestlohn** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in **privaten Kinderbildungseinrichtungen** und in privaten Kinderbetreuungseinrichtungen festgesetzt wird

[BGBl II 372/2023](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der der **Mindestlohn** für **Au-Pair-Kräfte** festgesetzt wird

[BGBl II 373/2023](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft mit der der **Mindestlohn** für Helferinnen und Helfer (Assistentinnen und Assistenten) und Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer in **Privatkindergärten**, –krippen und –horten (Privatkindertagesheimen) festgesetzt wird

[BGBl II 374/2023](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Justiz betreffend die von der Europäischen Kommission festgesetzten **Schwellenwerte** für **Auftragsvergabeverfahren** ab 1. Jänner 2024

[BGBl II 375/2023](#)

Verordnung der Bundesregierung betreffend das **Bundes-Ehrenzeichen**

[BGBl III 210/2023](#)

Änderung der Anlage A zum **Stockholmer Übereinkommen** über persistente organische Schadstoffe

[BGBl III 209/2023](#)

Änderungen der Ausführungsordnung zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem **Gebiet des Patentwesens**

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzgebungscharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

27.11.2023, [E 2497/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Auseinandersetzung mit dem konkreten Fluchtvorbringen des Bf; keine nachvollziehbare Begründung der Unglaubwürdigkeit des Bf, dass die Familie des Bf in Syrien leben könne; mehrfaches Abgehen vom Akteninhalt

27.11.2023, [E 2621/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Ermittlungstätigkeit in einem entscheidenden Punkt; ein pauschaler Verweis darauf, dass man den ungarischen Behörden nicht unterstellen könne, die Personen mittels Evakuierungsflugs aus Afghanistan ins Land geholt zu haben, stellt keine ausreichende Begründung dar

27.11.2023, [E 3166/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; kein ordnungsgemäßes Ermittlungsverfahren in entscheidungswesentlichen Punkten; keine nachvollziehbare Begründung, warum das Vorbringen des Bf, homosexuell zu sein, für nicht glaubwürdig erachtet wurde; die Begründung des Bf ergebe sich bereits aus den SOGI-Guidelines

29.11.2023, [G 323/2023](#)

Wr Dienstordnung; Wr Besoldungsordnung; § 15c Abs 1 Wr Dienstordnung ist eine **materiellrechtliche** und keine verfahrensrechtliche **Bestimmung**; kein Abweichen iSd Art 11 Abs 2 B-VG; keine Abweichung von § 68 Abs 1 AVG; keine verfassungsmäßigen Bedenken des § 15 Abs 1 und § 15c leg cit

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

19.10.2023, [Ra 2022/07/0011](#)

ImmissionsschutzG-Luft; Voraussetzung für die Verhängung einer Strafe ist, dass die Tat zum Zeitpunkt ihrer Begehung ausdrücklich für strafbar erklärt war; Grenze der Interpretation ist der äußerst mögliche Wortsinn der Bestimmung; die zum Zeitpunkt der Tat maßgebliche Fassung der Ausnahmebestimmung umfasste diese Voraussetzung noch nicht, weshalb eine Interpretation unter Berücksichtigung der später hinzugetretenen Ausnahmenvoraussetzung zu einer nicht zulässigen **rückwirkenden Strafbarkeitsausdehnung** führen würde; aber auch dies ändert nichts an der Beurteilung, weil die Be- und Entladung der Europalette innerhalb der erweiterten Zone bloß geringfügig war; unter Hinweis auf Rechtsprechung des EuGH verneinte der VwGH schließlich, dass das **Nachfahrverbot** gegen Unionsrecht verstoße

02.11.2023, [Ra 2023/03/0080](#)

GelegenheitsverkehrsG; im vorliegenden Fall besteht anhand des **äußeren Erscheinungsbilds** des **Bescheids** vom und unter Berücksichtigung der für diesen Bescheid maßgebenden Normen des GelegenheitsverkehrsG, die in mittelbarer Bundesverwaltung zu vollziehen sind, kein Zweifel, dass der Bescheid dem Magistrat der Stadt Wien als Bezirksverwaltungsbehörde zuzurechnen ist; sowohl der Kopf als auch die Rechtsmittelbelehrung sprechen aufgrund der expliziten Nennung des Magistrats bzw des Magistratischen Bezirksamts für diese Zurechnung, auch aus der Fertigungsklausel „Für die Bezirksamtsleiterin“ ergibt sich nichts Gegenteiliges, etwa, dass der Magistrat gegenständlich bloß als Hilfsapparat eines anderen Organs tätig geworden wäre

08.11.2023, [Ra 2023/03/0030](#)

WaffenG; es ist davon auszugehen, dass auch bei der Anwendung des § 21 Abs 3 WaffenG ein „**jagdlicher Bedarf**“ nur dann Grundlage für die Ausstellung eines **Waffenpasses** sein kann, wenn er über jenen zum Führen der Schusswaffen während der tatsächlichen Ausübung der Jagd iSd § 20 Abs 1a leg cit hinausgeht; dies führt im Ergebnis dazu, dass für Personen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keine Möglichkeit besteht, die Berechtigung zum Führen von Schusswaffen der Kategorie B zu erlangen, wenn sich ihr jagdlicher Bedarf auf das Führen während der rechtmäßigen, nach den landesrechtlichen Vorschriften zulässigen und tatsächlichen Ausübung der Jagd beschränkt

10.11.2023, [Ra 2021/05/0100](#)

VwGVG; VwGG; dem angefochtenen Erkenntnis **fehlt** es – trotz entsprechender Ermittlungsschritte im Rahmen des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens – an jedweden Feststellungen **zur Art und Höhe der verrechneten Kosten**; auch erweist sich die Begründung des VwG als in sich unschlüssig, wenn im Rahmen der rechtlichen Beurteilung zunächst der Einwand der rw Partei hinsichtlich der Verrechnung in Form der Pauschalierung als berechtigt erklärt wird, sodann die Erfordernisse für die Berechnung der Kosten (Schätzung, Pauschalierung) durch die belangte Behörde festgelegt werden, um schließlich aber die

Beweislast für die Kosten der belangten Behörde auf die rw Partei zu überwälzen; der Hinweis darauf, dass es ein Verpflichteter hinnehmen müsse, wenn die Kosten bei Tätigwerden der Behörde höher seien als die Kosten, die bei der Durchführung der Arbeiten ohne behördliches Dazwischentreten entstanden wären, genügt als Begründung nicht

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 08.11.2023, [W172 2273560-1](#)

Verwaltungsgerichtliches COVID-19-BegleitG; Finanzmarkt-GeldwäscheG; sollte das BVwG von der Anwendbarkeit der Sorgfaltspflichten für Treuhandkonten ausgehen, müsste der Nachweis erbracht werden, dass die **Omnibuskonten** als Treuhandkonten einzustufen sind; das ist durch die im Beweisverfahren vorgelegten Unterlagen und vernommenen Zeugen gerade nicht hervorgekommen

LVwG Oö 31.10.2023, [LVwG-552726](#)

WasserrechtsG; unter dem Begriff der „Landeskultur“ iSd § 105 Abs 1 lit f WasserrechtsG sind das Gewinnen von Erträgen des Bodens, somit sowohl die Land- als auch die Forstwirtschaft zu verstehen; **forstwirtschaftliche Belange** können durchaus für wasserrechtliche Verfahren iSv öffentlichen Interessen bedeutsam werden, dies jedoch nach den verba legalia erst dann, sofern eine **Gefährdung der Landeskultur** gegeben ist

LVwG Vbg 13.11.2023, [LVwG-318-67/2023-R16](#)

Vbg BauG; der Begriff „Anlagen für den Jagdbetrieb“ in § 1 Abs 1 lit i BauG umfasst nur bauliche Anlagen, die für die Ausübung der Jagd notwendig sind; bauliche Anlagen, die von der Größe, der Ausstattung oder ihrer Funktion über jagdliche Zwecke hinausgehen, können nicht in den Genuss der Ausnahmebestimmung kommen; eine bauliche Anlage zur Lagerung von jagdlichen Einrichtungen ist **nicht** von der **Ausnahmebestimmung** gemäß § 1 Abs 1 lit i BauG umfasst

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[14.12.2023, Rs C-340/21, Natsionalna agentsia za prihodite](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 5 – Grundsätze dieser Verarbeitung – Art 24 – Verantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen – Art 32 – Zur **Gewährleistung der Sicherheit** der Verarbeitung getroffene Maßnahmen – Beurteilung der Geeignetheit solcher Maßnahmen – Umfang der gerichtlichen Überprüfung – **Beweisführung** – Art 82 – Haftung und Recht auf Schadenersatz – Mögliche Befreiung des Verantwortlichen von der Haftung bei Verstößen durch Dritte – Klage auf Ersatz **eines immateriellen Schadens** aufgrund der Befürchtung eines möglichen Missbrauchs personenbezogener Daten

[14.12.2023, Rs C-457/21 P, Kommission / Amazon.com ua](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Von einem Mitgliedstaat **erlassener Steuervorbescheid** – Beihilfe, die für nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wurde – Begriff ‚Vorteil‘ – Bestimmung des Bezugsrahmens – ‚Normale‘ Besteuerung nach dem nationalen Recht – **Fremdvergleichsgrundsatz** – Überprüfung der vom Gericht vorgenommenen Auslegung und Anwendung des nationalen Rechts durch den Gerichtshof

[14.12.2023, verb Rs C-693/21 P und C-698/21 P, EDP España/ Naturgy Energy Group und Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – **Umweltschutzanreizmaßnahme** des Königreichs Spaniens für Kohlekraftwerke – Beschluss über die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens – Nichtigkeitsklage

[14.12.2023, Rs C-767/21 P, Rivière ua / Parlament](#)

Rechtsmittel – Institutionelles Recht – Mitglieder des Europäischen Parlaments – Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments – Verhaltensregeln – Art 10 Abs 3 – Verbot, **Transparente** in Sitzungen des Parlaments auszustellen – **Mündliche Maßnahme** des Präsidenten des Parlaments, mit der es den Mitgliedern verboten wurde, Nationalflaggen auf ihren Tischen aufzustellen – **Nichtigkeitsklage** – Art 263 AEUV – Begriff der anfechtbaren Handlung

[14.12.2023, Rs C-28/22, Getin Noble Bank \(Délai de prescription des actions en restitution\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – Art 6 Abs 1 und Art 7 Abs 1 – Folgen der Feststellung der Missbräuchlichkeit einer Klausel – An eine Fremdwährung gekoppelter **Hypothekendarlehensvertrag**, der missbräuchliche Klauseln über den Wechselkurs enthält – Unwirksamkeit dieses Vertrags – Rückgewähransprüche – Verjährungsfrist

[14.12.2023, Rs C-109/22, Kommission/ Rumänien \(Désaffectation de décharges\)](#)

Umwelt – Richtlinie 1999/31/EG – **Abfalldeponien** – Verpflichtung zur Stilllegung von Deponien, die nicht die erforderliche Zulassung erhalten haben – Stilllegungsverfahren – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine **Vertragsverletzung** festgestellt wird – Nichtdurchführung – Art 260 Abs 2 AEUV – **Finanzielle Sanktionen** – Zwangsgeld – Pauschalbetrag

[14.12.2023, Rs C-206/22, Sparkasse Südpfalz](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – Arbeitszeitgestaltung – Art 31 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – Anspruch auf **bezahlten Jahresurlaub** – Virus SARS-Cov-2 – **Quarantänemaßnahme** – Unmöglichkeit, bezahlten Jahresurlaub, der für einen mit einem Quarantänezeitraum zusammenfallenden Zeitraum gewährt wurde, übertragen zu lassen

[14.12.2023, Rs C-456/22, Gemeinde Ummendorf](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 82 – Haftung und Recht auf Schadenersatz – Begriff, immaterieller Schaden – Personenbezogene Daten enthaltende Veröffentlichung der Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung im Internet – **Veröffentlichung ohne Einwilligung** der betroffenen Personen – Antrag dieser Personen auf **Ersatz des immateriellen Schadens**

[14.12.2023, Rs C-655/22, I \(Remboursement de cotisations\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Gemeinsame Marktorganisation – Zuckersektor – **Produktionsabgaben** – Verordnung (EU) Nr 1360/2013 – Erstattung zu Unrecht gezahlter Abgaben – Ausschluss- und Verjährungsfristen – Bestandskraft von Festsetzungsbescheiden – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität – **Grundsatz der Rechtssicherheit**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[14.12.2023, Rs C-432/22, PT \(\) und l'auteur d'une infraction\) \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Organisierte Kriminalität** – Rahmenbeschluss 2008/841/JI – Rahmenbeschluss 2004/757/JI – **Drogenhandel** – Vereinbarung zwischen dem Staatsanwalt und dem Täter einer Straftat über die Verhängung einer ausgehandelten Strafe – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Richterliche Genehmigung der Vereinbarung – Voraussetzungen – Bestimmung eines Ad-hoc-Spruchkörpers – **Zustimmung der übrigen Beschuldigten**

[14.12.2023, Rs C-519/22, MAX7 Design \(GA Kokott\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – nachträgliche Festsetzung einer Sicherheitsleistung – Sicherheitsleistung, die an die Höhe der Steuerschulden eines Dritten gekoppelt ist – **Lösung der Steuernummer** bei Nichtbezahlung der Sicherheitsleistung – Grundrechte – **Eigentumsfreiheit und unternehmerische Freiheit** – Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne – Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf

[14.12.2023, Rs C-626/22, Ilva ua \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2010/75 – **Industrieemissionen** – Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung – **Überprüfung und Aktualisierung der Genehmigungsaufgaben** – Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit

[14.12.2023, verb Rs C-684/22 und C-686/22, Stadt Duisburg \(Perte de la nationalité allemande\) \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – Art 20 AEUV – Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats und eines Drittstaats – **Erwerb der Staatsangehörigkeit** eines Drittstaats – **Verlust der Staatsangehörigkeit** des Mitgliedstaats und der Unionsbürgerschaft kraft Gesetzes – Einzelfallprüfung der Folgen – Vorheriger Antrag auf Beibehaltung der Staatsangehörigkeit

[14.12.2023, Rs C-687/22, Agencia Estatal de la Administración Tributaria \(Exclusion des créances publiques de la remise de dettes\) \(GA de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Insolvenzverfahren** – Umstrukturierungsplan – Richtlinie (EU) 2019/1023 – **Ausschluss öffentlich-rechtlicher Forderungen** – Rechtswirkungen von Richtlinien – Verpflichtung, die Erreichung des in der Richtlinie vorgeschriebenen Zieles nicht ernstlich zu gefährden

[14.12.2023, Rs C-746/22, Slovenské Energetické Strojárne \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuern – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 170 – Erstattung der Steuer an Steuerpflichtige, die nicht im Mitgliedstaat der Erstattung ansässig sind – Richtlinie 2008/9/EG – Art 20 – **Anforderung zusätzlicher Informationen** durch den Mitgliedstaat der Erstattung – Einstellung des Verfahrens mangels Vorlegung zusätzlicher Informationen innerhalb der vorgegebenen Frist – Art 23 – **Nichtberücksichtigung von Informationen**, die erstmals im Einspruchsverfahren vorgelegt wurden

C. GERICHT

[13.12.2023, Rs T-608/22, KHG/ EUIPO - Dreams \(Dreamer\)](#)

Unionsmarke – **Widerspruchsverfahren** – Anmeldung der Unionsbildmarke **Dreamer** – Ältere Unionswortmarke DREAMS – Relatives Eintragungshindernis – **Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

[13.12.2023, Rs T-10/23, Light Tec/ EUIPO - DecoTrend \(Abat-jour\)](#)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – **Nichtigkeitsverfahren** – Eingetragenes Gemeinschaftsgeschmacksmuster, das einen Stern darstellt – Älteres Geschmacksmuster, das nach Stellung des Antrags auf Nichtigklärung vorgelegt wurde – Art 28 Abs 1 Buchst b Ziff v der Verordnung (EG) Nr 2245/2002 – **Ermessen der Beschwerdekammer** – Art 63 Abs 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Begründungspflicht – Anspruch auf rechtliches Gehör

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

07.12.2023, Beschwerde Nr [20981/13](#), Cheremskyy/Ukraine

Verletzung von Art 11 EMRK (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit); Fehlen einer klaren Rechtsgrundlage für ein **unbefristetes** Verbot der Abhaltung einer **friedlichen Versammlung**; Rechtsvorschriften, die nicht den Anforderungen an die „Qualität des Rechts“ entsprechen

07.12.2023, Beschwerde Nr [26074/18](#), V./Tschechische Republik

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); **Patient**, der zur Akutbehandlung in ein **psychiatrisches** Krankenhaus eingeliefert wurde und von der Polizei erfolglos in Bauchlage festgehalten wurde, **starb** nach wiederholtem Tasern und der Verabreichung eines Beruhigungsmittels durch eine Pflegekraft; Fehlen von Strategie und Maßnahmen zur Verhinderung und Begrenzung der Anwendung von Zwangsmitteln; Versäumnis des Staats, einen angemessenen Rechts- und Verwaltungsrahmen zu schaffen; unzureichende Ermittlungen

12.12.2023, Beschwerde Nr [31620/15](#) u.a., *Naskov u.a./Nordmazedonien*

Verletzung von Art 1 1.ZPEMRK (Schutz des Eigentums); proprio motu **Aufhebung** der endgültigen **Rückgabeanordnung**, mit der den Bf das Eigentum an einem Grundstück zugesprochen wurde, weil es rechtlich und faktisch unmöglich war, die Anordnung zu vollstrecken, weil Dritte in der Zwischenzeit Bauten auf dem Grundstück errichtet hatten; Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtmäßigkeit; nicht vorhersehbarer Eingriff

12.12.2023, Beschwerde Nr [28186/19](#), *Jasuitis und Šimaitis/Litauen*

Keine Verletzung von Art 7 EMRK (Keine Strafe ohne Gesetz); Verurteilung der Bf wegen **Menschenhandels** als vorhersehbare Folge ihres Handelns; innerstaatliches Recht, das den Menschenhandel verbietet, für die Bf hinreichend zugänglich - Wortlaut der einschlägigen Vorschrift des Strafgesetzbuchs führte nicht zu Ungewissheit oder Zweideutigkeit in Bezug auf den Straftatbestand; Auslegung dieser Vorschrift vorhersehbar und mit dem Wesen des Straftatbestands vereinbar; Handlungen der Bf vor dem Hintergrund der Tatbestandsmerkmale in ihrer Gesamtheit gesehen

12.12.2023, Beschwerde Nr [60846/19](#), *Halit Kara/Türkei*

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens); Weigerung der **Gefängnisleitung**, einen vom Bf an seinen Bruder gerichteten **Brief** zu versenden; Versäumnis der nationalen Behörden, die widerstreitenden Interessen abzuwägen und einen willkürlichen Eingriff in das Recht des Bf zu verhindern; nicht nachgewiesen, dass die angeführten Gründe relevant und ausreichend oder die Maßnahme in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind; die angefochtene Maßnahme ist durch die besonderen Umstände des Notstands nicht unbedingt erforderlich

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.